

Heute, daß diese Quellen höchst fragwürdig waren, mußte sich Churchill für die Gepflogenheiten des Unterhauses überaus scharfe Abfuhr gefallen lassen, seine Reden seien nichts als Parrenfutter.

Die öffentliche Meinung Englands neigt dazu, Gegenstände scharf herauszuarbeiten und frag einander gegenüberzustellen. Das hat dazu geführt, daß die breite Masse im Faschismus so etwas sieht, wie Ideen des feibhaltigen Teufels. Deshalb ist es unendlich schwer für die britische Regierung, zu einem besseren Verhältnis zu Italien zu gelangen, denn alle Gruppen, auf die sie sich stützen könnte, sind angeleitet von dem Gedanken, daß der Faschismus eine Gefahr für die Menschheit bedeute.

Reinesfalls darf man den Einfluss der Kreise um Chamberlain und Churchill in England unterschätzen. Diese unwandelbaren Vorkriegspolitiker genießen ein Ansehen, das weitgehend auf der Würde des Alters beruht. Gott, wie alt sind sie doch! Als Chamberlain als junger Student in Paris seine Liebe zu Marianne begründete, war Clemenceau noch Chateaufort der „Näher“. Ein Jahr später, 1887, sah Chamberlain in Berlin an der Tafel Bismarcks, den er sehr bewunderte.

Unverkennbar fest steht für die englische Regierung die Freundschaft zu Frankreich. Aber ebenso erheblich ist ihr Willen zu einer wahren Bekämpfung und einer Verständigung. Ihr Blick reicht weiter, als der ihrer alten Kritiker. Daher hat sie mit aller Entschiedenheit betont, daß sie sich weigert, in eine Koalition gegen Deutschland einzutreten, und den deutschen Friedensplan hat sie nachdrücklich und eindeutig als eine brauchbare Grundlage für die Gestaltung eines neuen Europas erklärt.

drei Jahren manchmal etwas unheimlich vorkommen, so rühmen sie doch die Macht und die Folgerichtigkeit sowie die Klarheit der nationalsozialistischen Handlungen. Eine tiefe innere Krise geht durch England; die jungen Kräfte suchen nach einer Führung, die sie zur Zeit weder bei den Konservativen, noch bei den Liberalen, noch bei der Arbeiterpartei finden.

Bomben und Brandstiftung in Palästina

Das Flaggschiff der englischen Flotte in Haifa

London, 27. Mai.

Das Flaggschiff des Oberbefehlshabers der britischen Mittelmeerflotte „Barham“ hat am Mittwoch früh auf der Höhe von Haifa Anker geworfen. Großadmiral Sir Dudley Pound hat an Land eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister von Haifa gehabt. Die Lage in der Stadt und in der näheren Umgebung wird als ruhig bezeichnet, doch liegen vereinzelt Fälle von Brandstiftungen an der noch nicht eingeebneten Erde vor.

Das englische Kolonialministerium erhielt Mittwoch früh eine von dem britischen Oberkommissar für Palästina veröffentlichte amtliche Mitteilung, in der es heißt, daß in der vergangenen Nacht und in den frühen Morgenstunden in Haifa eine Reihe von Bomben geworfen worden seien. Außerdem sei die Palästinenser mehrfach beschossen worden, so daß es keinen Zweifel zu regelrechten Feuergefechten gekommen sei.

Ägypten unterstützt die Araber

Kairo, 27. Mai.

Unter Beteiligung zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurde in Kairo ein Ausschuss zur Hilfe-

leitung für Palästina gebildet, der in seiner ersten Sitzung drei Beschlüsse faßte. Danach beabsichtigt der neugebildete Ausschuss

1. gegen die Maßnahmen der britischen Mandatsregierung in Palästina Verwahrung einzulegen,
2. die arabischen Bewohner Palästinas in ihrem Kampf zu unterstützen, und
3. eine Kommission zur Prüfung der Lage nach Palästina zu entsenden.

Auch die arabische Presse, die bisher gegenüber den innerpolitischen Fragen Palästinas größte Zurückhaltung bewahrt hat, beginnt jetzt eindeutig Stellung zu nehmen. Das Blatt „Al-Fala“ schreibt, wenn die Entwicklung in Palästina wie bisher weiterginge, würde Ägypten in zehn Jahren nicht mehr einen arabischen, sondern einen fremden Staat zum Nachbar haben. Es sei die Aufgabe der ägyptischen Politik, dieses zu verhindern.

Der Gesandte von Irak für die Araber

Istanbul, 27. Mai.

Die türkische Presse widmet den Nachrichten über die blutigen Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden in Palästina breiten Raum und verrät volles Verständnis für das Bestreben der einheimischen arabischen Bevölkerung, Herr im eigenen Land zu bleiben. Bemerkenswert ist, daß auch der irakische Gesandte in der Türkei in einer Erklärung an die Zeitung „Sümbül“ für die Araber in Palästina Partei ergreifen hat. Er sagte, man müsse sagen, daß sich die Araber im Recht befinden. Die jüdische Einwanderung werde immer stärker, und es bestehe die Gefahr, daß aller arabischer Besitz schließlich unter jüdische Herrschaft gelange. Ein Volk mit so glorreicher Vergangenheit, wie die Araber, könne derartiges niemals zulassen. Es gebe zwar auch im Irak Juden, doch sei ihre Lage eine ganz andere als die in Palästina.

Italien wünscht Entspannung

Rom, 27. Mai.

Zu gewissen Befürchtungen der Auslandspresse über die internationale Lage wird in zuständigen italienischen Kreisen mit einiger Betonung auf den guten, erhofften Willen Italiens hingewiesen, zu einer Entspannung mit Großbritannien zu kommen. Man erinnert in diesem Zusammenhang an die wiederholten Erklärungen Mussolinis aus der letzten Zeit, wonach Italien keine Angriffsabsichten, weder auf Kenya noch auf den Sudan und Ägypten, noch auf andere Gebiete habe. Aus dieser Einstellung heraus könne Italien auch der Haltung Großbritanniens in der Frage der Jurisdiktion der indischen Truppen aus Adis Abeba keine besondere Bedeutung beimessen. Vielmehr habe Italien die Absicht, den Gang der Dinge auch in dieser Frage zu erleichtern.

Drei Engländer in Abessinien verhaftet

London, 27. Mai.

Nach einer Neuermeldung aus Dschibuti sind drei Engländer von den italienischen Behörden in Diredda aus unbekanntem Grund verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberst Dewart, um den britischen Verbandschef, sowie um den Major Denton und um einen Mr. Jones von der Tierzuchtgesellschaft.

König Eduard VIII. erhielt den Marschallstab

London, 27. Mai.

König Eduard VIII., der bei seiner Thronbesteigung automatisch den Rang eines Feldmarschalls annahm, erhielt am Dienstag im Buckingham-Palast in feierlicher Zeremonie von den zur Zeit noch lebenden sieben Feldmarschällen der britischen Armee seinen eigenen Marschallstab überreicht. Im St.-James-Palast gab der König im Laufe des Tages einen Staatsempfang, bei dem zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, Offiziere der Armee, der Flotte und der Luftstreitkräfte sowie hohe Beamte u. a. zugegen waren. Dem König wurden bei dieser Gelegenheit mehrere hundert Personen vorgestellt.

Der englische König wird in den nächsten Wochen zum ersten Male in seiner Eigenschaft als König französischer Boden betreten. Er wird nämlich der Einweisung eines für im Kriege gefallenen kanadische Soldaten errichteten Denkmals bewohnen, was er schon in Aussicht gestellt hatte, als er noch nicht den Thron seiner Väter bestiegen hatte. Damit erfährt die Werbung, die seit vielen Jahren in England eingeschlagen wurde, daß der König englischen Boden nicht verläßt, eine Unterbrechung. Der Besuch Königs Eduards in Frankreich, der für die letzte Juliwache zu erwarten ist, wird schon jetzt von den französischen Zeitungen lebhaft besprochen.

Nobelpreissträgerin soll in Frankreich Minister werden

Léon Blum will der Radiumforscherin Curie das Unterrichtsministerium übertragen

Paris, 27. Mai.

In den Mitgliedern des kommenden französischen Kabinetts wird höchstwahrscheinlich auch die bekannte Radiumforscherin Joliot Curie geborgen, deren Mutter die berühmte Entdeckerin des Radiums war. Frau Joliot Curie, die ebenso wie ihre Mutter mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden ist, soll, wie es heißt, das Unterrichtsministerium übernehmen. Da in Frankreich Frauen nicht die gleichen Rechte wie die Männer genießen, so bedarf Frau Curie zur Annahme ihres Amtes der Zustimmung ihres Mannes.

Von der Berufung einer Frau in das Kabinettsamt scheint allerdings nicht die gesamte französische Öffentlichkeit entzückt zu sein, denn es finden sich Stimmen, die erklären, daß man auch das Unterrichtsministerium lieber einem Manne

als einer Frau überträgt und Frau Curie höchstens dem Staatssekretariatposten übergeben sollte. Der künftige französische Ministerpräsident Léon Blum hat mit Frau Curie wegen der Uebernahme eines hohen Postens bereits Verhandlungen geführt.

Zustiff „Gindenburg“ südlich der Kapverdischen Inseln. Das nach Südamerika fahrende Zustiff „Gindenburg“ passierte um 18.00 Uhr MEZ am Mittwoch die Kapverdischen Inseln Sao Vicente. Nach Mitteilung der Deutschen Seewarte fand es um 19 Uhr MEZ südwestlich der Inselgruppe.

Rebenaturgemäß! Briesniger
Tische

Deutsch-ungarisches Kulturabkommen

Professoren, Studenten- und Schüleraustausch - Zusammenarbeit im Filmwesen

Berlin, 27. Mai.

Nachdem anlässlich der Anwesenheit des Reichsministers Rust in Budapest im Herbst 1934 eine kurze, schriftlich niedergelegte Vereinbarung über die kulturelle und geistige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ungarn abgeschlossen wurde, werden nunmehr die während des jetzigen ungarischen Besuchs in der Reichshauptstadt von Reichsminister Rust und dem königlich ungarischen Minister Goman geführten Verhandlungen zum Abschluß eines eingehenden und umfassenden Kulturabkommens führen. Die Besprechungen, an denen für die Fragen des Films und des Austauschbesuches auch der Reichsminister Dr. Goebbels beteiligt wurde, sind inzwischen abgeschlossen, so daß die Unterzeichnung des Abkommens nunmehr erfolgen wird.

Das geplante Abkommen sieht neben der weiteren Pflege und Erhaltung der der Förderung der deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen dienenden kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere den Professoren-, Studenten-, Assistenten- und Schüleraustausch vor. Bemerkenswert ist weiterhin die in dem Abkommen durchgeführte gegenseitige Regelung der Vorkursfrage in Deutschland und Ungarn. Auch die Fragen der gegenseitigen Veranstaltung von Ferienkursen sowie die Förderung des Sprachunterrichts an den Universitäten und Schulen finden in dem Abkommen Berücksichtigung. In mehreren Einzelbestimmungen ist der Austausch wissenschaftlicher Werke und Berichte, die Frage des gegenseitigen Leihverkehrs der Bibliotheken und Archive und die gegenseitige Förderung der Kunstausstellungen berücksichtigt. Ueber die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Filmwesens werden in einem

demnächst abzuschließenden besonderen Abkommen noch genaue Vereinbarungen getroffen werden.

Der Führer empfängt Dr. Goman

Berlin, 27. Mai.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichsministers Rust den königlich ungarischen Kultusminister Dr. Goman und den königlich ungarischen Staatssekretär Dr. v. Szily, die von dem königlich ungarischen Gesandten Szalay begleitet wurden.

Der königlich ungarische Kultusminister Dr. Goman besuchte am Mittwochvormittag in Begleitung von Reichsminister Rust die nationalpolitische Erziehungsanstalt in Potsdam. Anschließend wurde Sandzouci befristet und eine Fahrt durch die Schloßgärten von Potsdam unternommen. Der ungarische Minister verweilte dann einige Minuten an der Gruft Friedrichs des Großen in der Potsdamer Garnisonkirche und ließ sich die Ereignisse des historischen Staatsbesuches am 21. März 1933 auf dem geschichtlichen Boden erläutern.

Am Mittag fand zu Ehren der Gäste ein Frühstück beim Ministerpräsidenten Generals Goring statt. Nach dem Empfang beim Führer und Reichskanzler überreichte Reichsminister Rust seinen ungarischen Gästen die ihnen vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes mit Zustimmung des Führers verliehenen Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes. Am Spätnachmittag besuchten die Gäste mit Reichsminister Rust in Begleitung des Reichs-Isportführers v. Tschammer und Osten das Gelände der Olympiade, deren Bauten und Anlagen die größte Bewunderung der ausländischen Besucher fanden.

Für Jugendschänder ist kein Platz im deutschen Volke

Die Urteilsbegründung im ersten Franziskaner-Prozess - Mißbrauch des Ordenskleides

Rohlfens, 27. Mai.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor von Roolhoff u. a. aus: „In diesen zwei Tagen haben wir versucht, einen kleinen Ausschnitt aus den Verfahren, die uns in den nächsten Monaten hier beschäftigen werden, zu erörtern, und die Tatsachen zu ermitteln, die dazu dienen sollen, um ein gerechtes Urteil in dieser Sache zu fällen. Dank der Mitwirkung aller Prozeßbeteiligten ist es uns gelungen, alles zur Findung der Wahrheit Nötige aufzulegen. Dieser Fall, der als erster einer großen Reihe von Fällen und beschließt hat, hat als Besonderheit, daß es sich bei dem Erstangeklagten um einen geweihten Priester handelt, der unter dem Schutz des Ordenskleides und unter Mißbrauch des Ansehens, das ihm dieses Kleid in der Öffentlichkeit gewährt hat, schwere Verbrechen begangen hat. Er hat nicht nur das Ansehen seines Ordens und das Ansehen der Kirche schwer gefährdet. Das wären Dinge, deren Beurteilung anderen Stellen überlassen bleiben muß, und auf die die Strafkammer nicht einging. Aber was uns hier angeht, ist

im Sinne des § 174,1 StGB. Er habe sich gegenüber einem geisteskranken Jüngling auf das Schwerste vergangen. Für diesen einzelnen Fall sei auf eine Einjahresstrafe von drei Jahren Zuschuß erkannt worden. In den beiden anderen Verbrechenfällen gegenüber Jugendlichen sei auf Einjahresstrafen von je 2 Jahren erkannt worden. In den übrigen sechs Fällen wegen Verbrechen gegen § 175 erschienen Einjahresstrafen von je 2 Jahren Gefängnis als angemessen. Unter Zusammenziehung dieser Strafen habe die Strafkammer auf eine Gesamtschuldigkeitsstrafe von 8 Jahren erkennen müssen.

Für diesen Menschen sei in der deutschen Volksgemeinschaft kein Platz.

Darum habe die Strafkammer auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte aussprechen müssen.

daß er sich auf das Schwerste gegen die deutsche Jugend, deren Interessen wir wahrzunehmen haben, vergangen hat.

Die Strafkammer kann sich nicht entschließen, bei Steinhoff einen Mangel an Zurechnungsfähigkeit in Betracht zu ziehen. Er hat weder im Verlaufe der Verhandlung noch im Laufe seines früheren Lebens die geringsten Anzeichen dafür gegeben, daß er in bezug auf die Verantwortlichkeit anders zu behandeln ist als jeder andere Staatsbürger. Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die Tatsachen kann von der Anwendung mildernder Umstände nicht die Rede sein. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, die Sicherungsverwahrung zu prüfen, hat das Gericht nicht entworfen. Das Gericht hat vielmehr zu den höchsten Behörden und den kirchlichen Vorgesetzten des Angeklagten das Vertrauen, daß sie dafür sorgen werden, daß dieser Mann, der sich so vergangen hat, nicht mehr an die Öffentlichkeit kommt.

Die Taten des Vater Steinhoff gliedern sich, so fuhr der Vorsitzende fort, in neun einzelne fortgesetzte Handlungen. Von diesen neun Fällen sind drei schwere Verbrechen